

Sitzungsniederschrift

8. Sitzung des Kreistages

Sitzungsort: KVHS Aurich, Oldersumer Straße 65 - 73, Raum 101		
Sitzungsdatum: 07.02.2018	Sitzungsbeginn: 16:11 Uhr	Sitzungsende: 19:37 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Sell, Erwin	SPD	
Mitglieder		
Akkermann, Hermann	SPD	
Albers, Angelika	GRÜNE	
Albrecht, Hinrich	SPD	
Bargmann, Bodo	CDU	
Beekhuis, Jochen	SPD	Fraktionsvorsitzender SPD
Behrends, Kuno	SPD	
Behrens, Sven	CDU	Fraktionsvorsitzender CDU / Gruppenvorsitzender CDU/FW/FDP
Bienhoff-Topp, Ida	SPD	
Biller, Anita	SPD	
Bracklo, Agnes	GRÜNE	
Busker, Hinrich	SPD	
Erdmann, Erwin	CDU	
Feldmann, Julia	SPD	
Feldmann, Rainer	FDP	
Fohrden, Siebelt	CDU	
Forster, Hans	SPD	
Frerichs, Theo	CDU	
Gedes, Hilko	CDU	Stv. Landrat
Gossel, Arnold	CDU	

8. SITZUNG DES KREISTAGES

Harms, Antje	SPD	Stv. Landrätin
Harms, Erich	SPD	
Hoffmann, Gerhard	FW	
Ihnen, Hermann	SPD	
Jelken, Friedhelm	CDU	
Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE	
Kleen, Barbara	SPD	
Kleen, Johannes	SPD	
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Looden, Jan-Adolf	AfD	
Lüppen, Christel	SPD	
Meyer, Alfred	SPD	
Meyerholz, Hans-Gerd	GFA	
Moroni, Hayo F.	FW	
Odens, Roelf	CDU	anwesend bis TOP 8.3
Pickel, Sascha	SPD	
Rinderhagen, Gerhard	CDU	
Röben, Hinrich	SPD	
Roß, Helmut	Roß	
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	Fraktionsvorsitzende DIE LINKE.
Siebels, Wiard	SPD	
Sikken, Wolfgang	CDU	
Stauß, Detlef	AfD	
Strömer, Wilhelm	FW	
Tammen, Harald	CDU	
Tjaden, Hinrich	CDU	
Trauernicht, Hinrich	SPD	
Trei, Hilko	FDP	
Tyedmers, Johannes	AfD	
Ubben, Hilde	AWG	
Warmulla, Reinhard	DIE LINKE.	
Weber, Harm-Uwe		Landrat
Wienbeuker, Johann	S.W.K.	



Wirsik, Petra	GRÜNE	
Verwaltung		
Jelden, Frauke		Gleichstellungsbeauftragte
Kleen, Holger		
Krabbe, Henni		Kreisrätin
Krüsmann, Dina		
Malbrich, Silke		
Möhlmann, Linda		
Müller-Gummels, Rainer		Pressesprecher
Puchert, Dr. Frank		Erster Kreisrat
Saathoff, Irene		
Wessels, Laura		Protokollführerin

Nicht anwesend:

Mitglieder

Altmann, Gila	GRÜNE	Fraktionsvorsitzende GRÜNE
Constant, Franz	LtB	Gruppenvorsitzender AKSB
Looden, Holger	AfD	
Reinders, Hermann	CDU	
Terfehr, Hans	SPD	

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der öffentlichen Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Verpflichtung und Belehrung eines Abgeordneten gem. § 60 und § 43 i.V.m. § 54 Abs. 3 NKomVG
Vorlage: IX/2017/292
5. Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil - vom 19.12.2017
6. Einwohnerfragestunde
7. Änderungen durch Fraktionswechsel/Gruppenumbildungen
- 7.1. Fraktionswechsel bei der AfD-Kreistagsfraktion und Bekanntgabe über die Auflösung der CDU/FW/FDP-Gruppe und über die Bildung der FW/FDP-Gruppe
Vorlage: IX/2018/016



7.2.	Antrag auf Neubesetzung der Ausschüsse und sonstigen Gremien sowie Neuverteilung der Ausschussvorsitze gem. § 71 NKomVG Vorlage: IX/2018/005
7.3.	Neubesetzung und Benennung der Kreistagsausschüsse gem. §§ 71 ff. NKomVG sowie Abberufungen und Ersetzungen im Kreisausschuss und anderen Kreistagsausschüssen Vorlage: IX/2018/006
7.4.	Verteilung der Ausschussvorsitze gem. § 71 NKomVG und Benennung der Vorsitzenden und ihrer VertreterInnen Vorlage: IX/2018/012
7.5.	Entsendung der VertreterInnen des Landkreises Aurich in die kreiseigenen Gesellschaften und in die kommunale Anstalt sowie Abberufungen und Ersetzungen Vorlage: IX/2018/010
7.6.	Entsendung der VertreterInnen des Landkreises Aurich in die sonstigen Gremien sowie Abberufungen und Ersetzungen Vorlage: IX/2018/011
8.	Haushalt 2018
8.1.	Wirtschaftsplan 2018 des Eigenbetriebes "Breitbandnetz Landkreis Aurich" Vorlage: IX/2018/017
8.2.	Ubbo-Emmius-Klinik -Vermögensverwaltung- des Landkreises Aurich; Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2018 Vorlage: IX/2018/022
8.3.	Pflege- und Betreuungszentren -Vermögensverwaltung- des Landkreises Aurich; Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2018 Vorlage: IX/2018/023
8.4.	Anträge zum Haushalt
8.5.	Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018 Vorlage: IX/2018/014
9.	Bauliche Maßnahmen an der IGS Aurich Vorlage: IX/2018/015
10.	Spenden für das Gymnasium Ulricianum Aurich im Jahr 2018 überhalb der Wertgrenze von 2.000 € Vorlage: IX/2018/031
11.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 04.12.2017 "Sicherstellung von Informationstransfer" Vorlage: IX-AF/2018/008
12.	Anträge zur Trägergesellschaft Zentralklinikum
12.1.	Antrag der AKSB Gruppe im Landkreis Aurich vom 08.01.2018; Entbindung Schweigepflichten und Sondersitzung Vorlage: IX-AF/2018/001
12.2.	Antrag der AKSB Gruppe im Landkreis Aurich vom 08.01.2018; Jahresabschluss und Berichte der Trägergesellschaft Vorlage: IX-AF/2018/002
12.3.	Antrag der AKSB Gruppe im Landkreis Aurich vom 08.01.2018; Fortbestand Trägergesellschaft und Zusammenarbeit mit Emden Vorlage: IX-AF/2018/003

-
- 12.4. Antrag der AKSB Gruppe im Landkreis Aurich vom 09.01.2018; Vertreter im Aufsichtsrat in der Trägergesellschaft
Vorlage: IX-AF/2018/004
-
- 12.5. Antrag der AKSB Gruppe im Landkreis Aurich vom 09.01.2018, Quartalsweise Berichterstattung der Geschäftsführung der Trägergesellschaft
Vorlage: IX-AF/2018/005
-
- 12.6. Antrag der AKSB Gruppe im Landkreis Aurich vom 09.01.2018; Einsetzen eines Vertrauensmannes im Klinikbereich
Vorlage: IX-AF/2018/006
-
- 12.7. Antrag der AKSB Gruppe im Landkreis Aurich vom 09.01.2018; Halbjährliche Berichtspflicht für die Geschäftsführer der Trägergesellschaft
Vorlage: IX-AF/2018/007
-
13. Bericht des Landrates
-
14. Einwohnerfragestunde
-
15. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
-
16. Schließung der öffentlichen Sitzung
-

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der öffentlichen Sitzung

Vorsitzender Sell eröffnete um 16:11 Uhr die öffentliche Sitzung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Sell stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Es wurde vereinbart, dass der Tagesordnungspunkt 10 „Fortführung der Förderschule Lernen Aurich“, Vorlage IX/2018/007 und der Tagesordnungspunkt 11 „11. Änderung der Satzung über die Festlegung der Schulbezirke für die Schulen des Primarbereiches und des Sekundarbereiches I in der Trägerschaft des Landkreises Aurich“, Vorlage IX/2018/009 von der Tagesordnung abgesetzt wird.

Die übrigen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Die Tagesordnung des öffentlichen Teils wird in der veränderten Form festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 54 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
⇒ **einstimmig beschlossen**



TOP 4 **Verpflichtung und Belehrung eines Abgeordneten gem. § 60 und § 43 i.V.m. § 54 Abs. 3 NKomVG**
Vorlage: IX/2017/292

Landrat Weber nahm per Handschlag die Verpflichtung und Belehrung des **Abg. Tyedmers** vor.

TOP 5 **Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil - vom 19.12.2017**

Die Niederschrift des öffentlichen Teils vom 19.12.2017 wurde genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 54 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 6 **Einwohnerfragestunde**

Eine Einwohnerin wies auf den Holocaust-Gedenktag am 27.01.2018 hin. Viele Behörden in Aurich hätten ihre Flaggen auf halbmast gehisst. Sie fragte an, warum die Flaggen auf dem Kreishaus Aurich nicht ebenfalls gehisst wurden.

Landrat Weber erklärte, dass es sich hierbei nicht um böse Absicht gehandelt habe. Er könne nicht genau sagen, ob es sich um einen Fehler handle oder ob es durch die Baumaßnahmen am anliegenden Carolinenhof nicht möglich war. Im nächsten Jahr wolle man dies beachten.

Förderschulen

Herr Schoone erfragte, ob es einen Stichtag für den Antrag bei der Landesschulbehörde zur Weiterführung der Förderschulen gebe.

Erster Kreisrat Dr. Puchert gab an, dass ein Stichtag nicht vorliegen würde. Er erklärte, dass seitens des Landes Niedersachsen noch keine verbindlichen Regelungen zur Weiterführung von Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen vorliegen würden, dies solle jedoch bis zur 10. Kalenderwoche erfolgen. Die Unsicherheiten der betroffenen Eltern hinsichtlich der Einschulungen für das Schuljahr 2018/2019 seien bekannt, durch das Fehlen von verbindlichen Regelungen zur Zeit allerdings noch nicht aufzuheben.

Eine Elternvertreterin der Förderschulen Moordorf merkte an, dass in 14 Tagen die Anmeldefrist für die Förderschule Lernen enden würde und fragte, an welchem Standort die betroffenen Eltern eine Anmeldung vornehmen sollen, da die Abstimmung über die Fortführung der Förderschulen in der heutigen Sitzung nicht erfolgen würde.



Erster Kreisrat Dr. Puchert erklärte, dass das Thema im Schulausschuss am 27.02.2018, sowie in der Kreistagssitzung Anfang März diskutiert werden würde. Bis dahin solle ein Förderschulkonzept unter Einbeziehung der bestehenden Förderschulen Lernen für den Landkreis Aurich erstellt werden. Er betonte, dass er sich auch für dezentrale Strukturen einsetze. Verbindliche Aussagen könne er zum jetzigen Zeitpunkt nicht machen.

Eine Bürgerin erfragte, inwieweit der Elternwille bei der Entscheidungsfindung mit einbezogen werde.

Erster Kreisrat Dr. Puchert unterstrich zunächst, dass bereits Gespräche mit Mitarbeitern und Lehrkräften der Schulen geführt wurden. Dies solle auch weiterhin fortgesetzt werden. Ferner betonte er, dass durch die Inklusion im Schuljahr 2013/2014 lediglich fünf SchülerInnen an der David-Fabricius-Schule Großefehn Förderschule Lernen eingeschult wurden. An der Hinnerk Haidjer Schule Förderschule Lernen in Moordorf seien es nur vier SchülerInnen gewesen. Hierdurch stünden Schulen mit zu geringen Schülerzahlen in der Diskussion. Die wenigen betroffenen Eltern sollten bei der Entscheidungsfindung einbezogen werden.

Herr Ottersberg vom Leinerstift in Großefehn wies auf den Schülerwillen hin und erfragte, ob man den Anschluss der SchülerInnen hinsichtlich sozialer Aspekte in den Regelschulen überhaupt gewährleisten könne.

Erster Kreisrat Dr. Puchert antwortete, dass der Landkreis Aurich alles tun werde, um die Rahmenbedingungen für die Inklusion der SchülerInnen in Regelschulen zu gewährleisten. Die Ausführung liege allerdings bei den Schulen.

Die Jugendvertreterin Frau Krämer-Büntcher fragte, wieso überhaupt über die Schließung gesprochen werde, da die CDU im Vorfeld weitere Schließungen von Förderschulen ausgeschlossen habe.

Erster Kreisrat Dr. Puchert erläuterte, dass die Inklusion politisch entschieden wurde und somit nun umgesetzt werden solle. Über die Voraussetzungen zur Weitererhaltung des Schwerpunktes Lernen sei noch nicht entschieden worden. Zudem merkte er an, dass die Schließungen von Förderschulen nicht über die Köpfe der Eltern hinweg entschieden werden sollen. Bei den Schließungen in Marienhafe und Pewsum sei vorher ein Konsens mit den Eltern hergestellt worden.

Der Integrationshelfer Herr Geser unterstrich die Unsicherheit der Eltern, die sich auf die Frage beziehe, ob man die Kinder noch an einer Förderschule anmelden solle.

Erster Kreisrat Dr. Puchert erklärte, dass er das Wahlrecht zwischen den Förder- und Regelschulen als positiv ansehe.

Herr Löding fragte, wieso bei diesem bildungspolitisch wichtigen Thema nach Kosten entschieden werde.

Erster Kreisrat Dr. Puchert dementierte diese Annahme. Es werde nicht nach Kosten entschieden. Vielmehr stehe die Personalfrage im Vordergrund. Für die kleinen Schulen mit ungefähr 30 Schülern lasse sich kaum noch Personal finden, da die Perspektiven dort nicht gegeben seien. Personalengpässe könnten kaum noch überbrückt werden. So werde sich die Weiterführung solcher Schulen immer schwieriger gestalten.

Frau Jürgens wies auf die Beachtung des UN-Kinderrechts hin und erfragte, wie mit den gesammelten Unterschriften der Eltern für den Erhalt der Förderschulen umgegangen werde.

Erster Kreisrat Dr. Puchert erklärte, dass keine direkte Demokratie herrsche. In Bildungsfragen entscheide grundsätzlich das Land. Über solche Entscheidungen könne man sich weder als Landkreis noch als Eltern hinwegsetzen.

Eine Bürgerin wies auf die Schüler mit Autismus und Wahrnehmungsstörungen hin. Sie fragte, wie diese eingebunden werden sollen.

Erster Kreisrat Dr. Puchert antwortete noch einmal, dass auch er für ein Wahlrecht sei. Mit der zentralen Förderschule in Aurich wolle man Eltern nicht abschrecken, ihre Kinder weiterhin an einer Förderschule anzumelden. Er spreche sich für ein dezentrales Angebot da aus, wo es auch tatsächlich gebraucht werde.

Ein Bürger erkundigte sich, warum die Bezirke in der Schulbezirkssatzung geändert werden sollen.

Erster Kreisrat Dr. Puchert erläuterte, dass der Einzugsbereich der Förderschule Aurich erweitert werden müsse, um auch SchülerInnen aus Großheide aufnehmen zu können.

Eine Bürgerin erfragte, ob überhaupt neue SchülerInnen an der David-Fabricius-Schule Großefehn mit dem Schwerpunkt Lernen eingeschult werden dürften.

Erster Kreisrat Dr. Puchert gab an, dass in den Förderschulbereich Lernen zur Zeit nicht eingeschult werden dürfe. Die anderen Förderschulbereiche seien nicht betroffen.

TOP 7 **Änderungen durch Fraktionswechsel/Gruppenumbildungen**

TOP 7.1 **Fraktionswechsel bei der AfD-Kreistagsfraktion und Bekanntgabe über die Auflösung der CDU/FW/FDP-Gruppe und über die Bildung der FW/FDP-Gruppe**
Vorlage: IX/2018/016

Der **Abg. J.-A. Looden** wurde zum neuen Fraktionsvorsitzenden der AfD-Fraktion ernannt.

Die Auflösung der CDU/FW/FDP-Gruppe und die Bildung der FW/FDP-Gruppe wurden zur Kenntnis genommen.



TOP 7.2 **Antrag auf Neubesetzung der Ausschüsse und sonstigen Gremien sowie Neuverteilung der Ausschussvorsitze gem. § 71 NKomVG**
Vorlage: IX/2018/005

Der Antrag wurde zur Kenntnis genommen.

TOP 7.3 **Neubesetzung und Benennung der Kreistagsausschüsse gem. §§ 71 ff. NKomVG sowie Abberufungen und Ersetzungen im Kreisausschuss und anderen Kreistagsausschüssen**
Vorlage: IX/2018/006

Abg. Beekhuis erklärte, dass die neue Besetzung insbesondere Auswirkungen auf die 9er-Ausschüsse haben werde und durch das Losverfahren ein großer Umbruch entstehen könnte. Deshalb schlage er vor, die betroffenen Ausschüsse um eine Person zu 10er-Ausschüssen aufzustocken. Dies betreffe den Ausschuss für Migration und Integration und den Krankenhaus- und Heimausschuss. Nach einer Satzungsänderung könne man auch den Beirat der Musikschule aufstocken. Der Jugendhilfeausschuss sei nicht betroffen, eine Aufstockung auf 10 Sitze sei rechtlich nicht möglich.

Abg. Behrens beantragte eine Aufstockung auf 11 Sitze. Eine ungerade Zahl solle die Abstimmungen in den Ausschüssen erleichtern.

Sodann ließ **Vorsitzender Sell** über den Antrag des **Abg. Behrens** abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 41 Enthaltungen: 0
➔ **mehrheitlich abgelehnt**

Hiernach ließ **Vorsitzender Sell** über den Antrag des **Abg. Beekhuis** abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 41 Nein-Stimmen: 13 Enthaltungen: 0
➔ **mehrstimmig beschlossen**

Vorsitzender Sell führte das Losverfahren für den Jugendhilfeausschuss durch. Die zwei verbliebenen Sitze erhalten die SPD und die AKSB. Die AfD erhält somit ein Grundmandat.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Die Fraktionen und Gruppen haben ihre Vertreter benannt (siehe Ausschussliste, Stand: 07.02.2018).

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 54 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**



TOP 7.4 Verteilung der Ausschussvorsitze gem. § 71 NKomVG und Benennung der Vorsitzenden und ihrer VertreterInnen
Vorlage: IX/2018/012

Abg. Beekhuis sprach sich dafür aus, gemeinschaftlich über die Verteilung der Vorsitze zu entscheiden und sich auch ohne das Zugriffsverfahren zu einigen.

Abg. Meyerholz erfragte, ob einstimmig gegen das Zugriffsverfahren entschieden werden müsse.

Dies wurde durch **Landrat Weber** bejaht.

Abg. R. Feldmann erklärte, seine Gruppe würde gerne den Vorsitz für den Schulausschuss übernehmen.

Diesen wollte **Abg. Behrens** nicht abgeben und bot stattdessen den Vorsitz des Krankenhaus- und Heimausschusses an.

Abg. R. Feldmann lehnte diesen Vorschlag ab.

Um den Vorgang zu verkürzen, wurde das Zugriffsverfahren angewendet.

Sodann wurden folgende Ausschussvorsitze beschlossen:

Beschlussvorschlag:

1. Es wird folgende Reihenfolge der Höchstzahlen festgestellt:

▪ SPD	=>	1, 3, 4, 6, 10	(bisher: 1, 3, 5, 7, 10)
▪ CDU	=>	2, 5, 9,	(bisher: 2, 4, 6, 9)
▪ FW/FDP	=>	7/8 Los	
▪ Grüne	=>	7/8 Los	(bisher: 8)
▪ DIE LINKE.	=>	./.	
▪ AKSB	=>	./.	
▪ AfD	=>	./.	

2. Es wird folgende Verteilung der Ausschussvorsitze festgestellt:

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Vorsitzende(r): Ingeborg Kleinert, SPD
 Stellv. Vorsitzende(r): Ida Bienhoff-Topp, SPD

Finanzausschuss

Vorsitzende(r): Arnold Gossel, CDU
 Stellv. Vorsitzende(r): Friedhelm Jelken, CDU

Betriebsausschuss „Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Aurich“

Vorsitzende(r): Erwin Sell, SPD
 Stellv. Vorsitzende(r): Hinrich Busker, SPD

Personalausschuss

Vorsitzende(r): Hermann Akkermann, SPD
Stellv. Vorsitzende(r): Barbara Kleen, SPD

Ausschuss für Kreisentwicklung

Vorsitzende(r): Gerhard Rinderhagen, CDU
Stellv. Vorsitzende(r): Roelf Odens, CDU

Betriebsausschuss KVHS Aurich-Norden

Vorsitzende(r): Hinrich Röben, SPD
Stellv. Vorsitzende(r): Hans Forster, SPD

Ausschuss für Migration und Integration

Vorsitzende(r): Gila Altmann, Bündnis 90 / Die Grünen
Stellv. Vorsitzende(r): Harald Tammen, CDU

Ausschuss für Schulen, Sport und Kultur

Vorsitzende(r): Wilhelm Strömer, FW/FDP
Stellv. Vorsitzende(r): NN

Krankenhaus- und Heimausschuss

Vorsitzende(r): Wolfgang Sikken, CDU
Stellv. Vorsitzende(r): Theo Frerichs, CDU

Jugendhilfeausschuss

Vorsitzende(r): Kuno Behrends, SPD
Stellv. Vorsitzende(r): Christel Lüppen, SPD

TOP 7.5 Entsendung der VertreterInnen des Landkreises Aurich in die kreiseigenen Gesellschaften und in die kommunale Anstalt sowie Abberufungen und Ersetzungen
Vorlage: IX/2018/010

Vorsitzender Sell verwies auf die Vorlage. Aufgrund der Änderung der 9er-Ausschüsse zu 10er-Ausschüssen werde kein Losverfahren benötigt.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Die Fraktionen und Gruppen haben ihre Vertreter benannt (siehe Ausschussliste, Stand: 07.02.2018).

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 54 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
 ⇒ **einstimmig beschlossen**



TOP 7.6 **Entsendung der VertreterInnen des Landkreises Aurich in die sonstigen Gremien sowie Abberufungen und Ersetzungen**
Vorlage: IX/2018/011

Vorsitzender Sell führte das Losverfahren durch.

Sowohl für den Aufsichtsrat der Ostfriesland Tourismus GmbH als auch für den Aufsichtsrat der UEK wurde der letzte Sitz an die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vergeben. Die FW/FDP-Gruppe erhält in beiden Fällen ein Grundmandat.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Die Fraktionen und Gruppen haben ihre Vertreter benannt (siehe Ausschussliste, Stand: 07.02.2018).

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 54 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 8 **Haushalt 2018**

Kreisverwaltungsoberrätin Saathoff stellte den Haushaltsentwurf 2018 vor (siehe Anlage zum Protokoll).

Abg. Meyer erklärte, dass der diesjährige Haushaltsplan nach sechs Finanzausschuss-sitzungen und somit früher als in Vorjahren fertig geworden sei. Dafür bedankte er sich bei Frau Saathoff und den Mitarbeitern und lobte die faire und sachliche Zusammenarbeit innerhalb des Finanzausschusses. Er gab die wichtigsten Planzahlen aus dem Haushaltsplan wieder. Nennenswert seien die Kosten für das Klinikum, Schulen, Straßen und Bushaltestellen, die zukunftsorientiert und somit nachvollziehbar seien. Ein Unsicherheitsfaktor seien die Personalkosten, da diese auf Grundlage des Personalbestandes 2017 berechnet worden seien, da weder der Tarifabschluss, die vakante Stellenbesetzungen noch die Stellenbewertungen im Hause abgeschlossen seien. **Abg. Meyer** kritisierte die emotional geführte Debatte um die Personalpolitik. Es solle der Verwaltung überlassen sein, qualifizierte Fachkräfte einzustellen. Aufgrund der derzeitigen guten Wirtschaftssituation sei die Nachfrage nach qualifizierten Verwaltungsfachkräften deutlich gestiegen. Somit sei es Aufgabe der Verwaltung gute Fachkräfte an den Landkreis als Arbeitgeber zu binden. Auf das Thema Breitbandausbau wolle er zu diesem Zeitpunkt nicht eingehen, da noch zu viele Unsicherheiten vorhanden seien. Grundsätzlich würde von einem Ausbau aber ein Standortvorteil ausgehen.

Den von der SPD zunächst beantragten Zuschuss von 500.000 € an die KVHS Aurich und Norden begründete **Abg. Meyer** mit der stetigen gesellschaftlichen Aufgabe, die die Kreisvolkshochschulen insbesondere im Bereich Sprachen und Allgemeinbildung leisten würden. Insgesamt sei der Haushaltsplan 2018 nach den üblichen Regeln aufgestellt worden. Er fordere im Namen der SPD alle Mitglieder auf, den Haushalt in der vorliegenden Fassung zu beschließen.



Abg. Beekhuis wies auf die Anträge der SPD hin und nahm hierzu Stellung. Sein Ziel sei es, den Haushaltsplan in dieser Fassung zu beschließen. Um eine Mehrheit zu bekommen, müsse er bei dem Antrag zum Zuschuss für die KVHS einen Kompromiss eingehen. Somit ändere er den Antrag dahingehend, dass die Kreisvolkshochschulen zunächst 250.000 € ausgezahlt bekommen sollen und für die zweite Hälfte ein Sperrvermerk eingerichtet werde. **Abg. Beekhuis** wies auf die Wichtigkeit der KVHS hin und betonte, dass der Landkreis im Vergleich zum Landesdurchschnitt deutlich weniger Zuschüsse an die Volkshochschulen auszahlen würde.

Abg. Behrens erklärte, dass er die Haushaltsreden für einen der kommunalpolitischen Höhepunkte halte. Er kritisierte zu Anfang diejenigen Politiker, die den Bürgern den Eindruck vermitteln, dass sich bei den Kliniken nichts ändern müsse. Dies halte er für fahrlässig. **Abg. Behrens** appellierte für mehr Ruhe und Besonnenheit beim Thema Klinikum und forderte die Mitglieder auf, öfter mit den Bürgern vor Ort zu sprechen. Die Bevölkerung solle seiner Ansicht nach bei allen Entscheidungen beteiligt werden.

Des Weiteren kritisierte er, dass zum zweiten Mal ein Planungsfehler bei dem Neubau der IGS für eine deutlich teurere Maßnahme Sorge. Man solle zukünftig gründlicher als schnell arbeiten, um solche Fehler zu vermeiden. **Abg. Behrens** forderte im Hinblick auf die Kostensteigerung beim Breitbandausbau Landrat Weber dazu auf, das Thema zur Chefsache zu erklären. Andere Landkreise, wie Wittmund und Leer, wären hinsichtlich dieser Thematik deutlich weiter.

Im Namen der CDU stelle er sich deutlich an die Seite der Förderschulen, inklusive dem Bereich Lernen. Eine Atempause von der Inklusion und die Möglichkeit, Bestandsschutz bis 2028 zu beantragen, seien sehr zu begrüßen. Die funktionierenden, bestehenden Förderschulen sollten bei der Entscheidungsfindung miteinbezogen werden und erhalten bleiben.

Zudem verfolge die CDU weiterhin das Ziel, die Kreisumlage zu senken. Dies sei zu diesem Zeitpunkt jedoch in anbetracht der großen finanziellen Hürden, wie bei den Kliniken und beim Breitbandausbau, nicht zu realisieren.

Positiv sehe **Abg. Behrens**, dass sich die Verschuldungssituation des Landkreises verbessert habe, den stringenten Stellenplan und dass für den Planungszeitraum 2019 bis 2021 die Finanzen ausgeglichen geplant würden. Das vorläufige Ergebnis für 2016 betrachte er aufgrund von Unbekanntem als wenig aussagekräftig. **Abg. Behrens** forderte den Landrat auf, über die Ergebnisse des Personal-Organisationsteams und die Personaleinsparungen laufend zu berichten. Der Stellenplan solle auf die unbedingt notwendige Größe zurückgekürzt werden. Weiter gab er zu dem Antrag der CDU-Fraktion über den Neubau des Gesundheitsamtes in Aurich an, dass in Kürze intensiver über diese Thematik diskutiert werden solle. Des Weiteren würde die CDU-Fraktion den Kompromiss zu dem Vorschuss für die KVHS akzeptieren. Zuschüsse sollten generell nur im Notfall fließen. Weiterhin wies er auf den Antrag der CDU hin, ein Hebammenzentrum in Aurich für etwa 50.000 € zu errichten. Hiermit solle die Koordination zwischen werdenden Müttern und Hebammen vereinfacht werden. Schlussendlich werde die CDU-Fraktion dem Haushaltsplan zustimmen.

Abg. Strömer zeigte in seiner Rede auf, dass der Haushalt mit 400.000.000 Euro eine historische Marke erreicht habe. Diese seien nun durch die Fachkräfte der Verwaltung umzusetzen. Er wies darauf hin, dass die Personalkosten ein Sechstel der gesamten Ausgaben des nächsten Haushaltsjahres einnehmen sollen. Personalkosten seien wichtig, da sie zur Erbringung von Dienstleistungen und zur Sicherung von Arbeits-



plätzen dienen. Jedoch kritisierte er den Personalkostenzuwachs der letzten Jahre vor dem Hintergrund der fehlenden Entwicklung der datierten Führungs- und Ämterstrukturen sowie Doppelstrukturen. Die Freien Wähler würden seit Jahren ein Personalentwicklungskonzept und ein Ausbildungskonzept fordern. Dies liege immer noch nicht vor. **Abg. Strömer** schlug vor, dass die Führungsstellen ab A 12 eingefroren oder reduziert werden sollen. Zudem sollten Ämter zusammengelegt und somit durch weniger Führungskräfte geleitet werden. Dies gelte insbesondere vom dem Hintergrund der noch anstehenden Kostenbelastungen durch UEK, Sozial- sowie Jugendhilfeleistungen, Straßenausbau und Breitband. Für ihn ergebe sich ein Bild der Personalpolitik entgegen des Bestrebens nach Sparsamkeit.

Des Weiteren kritisierte **Abg. Strömer** die entstandenen Mehrkosten beim Neubau der IGS Aurich. Ebenfalls kritisch sehe er die pauschale Auszahlung von 500.000 Euro an die Kreisvolkshochschulen. Die gesamte Summe solle mit einem Sperrvermerk gekennzeichnet und nur nach Rechnungslage von den jeweiligen Gremien verwertet werden. Zudem sollten die Finanzströme zur KVHS transparenter gemacht werden.

Abg. Strömer gab an, dass die Finanzierung der Integrationshelferinnen und -helfer mit einer auskömmlichen sozialversicherungspflichtigen Einstufung in einem ordentlichen Tarif weiterhin nicht beschlossen wäre, obgleich zwei Tarife zur Auswahl stehen würden. Im Gegensatz dazu stehe die gutbemessene Pauschale für die verwaltungsmäßige Betreuung der Integrationshelferinnen und -helfer durch die KVHS ohne Diskussion fest.

Als weitere im Haushalt kritische Positionen sehe er die unzureichende Wirtschaftsförderung des Landkreises in Verbindung mit der unzureichenden Vernetzung mit der Arbeit des Jobcenters und der vorhandenen Doppelstrukturen.

Insgesamt könne er dem Haushalt 2018 nicht zustimmen.

Abg. Jeromin-Oldewurtel kritisierte die geringe Einbeziehung des Kreistages in die Entscheidungen zum Thema Kreishaushalt. Weiter gab sie an, dass in den einzelnen Teilhaushalten hohe Ansätze veranschlagt werden, die schlussendlich keine Verwendung finden würden. So seien beispielsweise ausreichende Finanzierungsmittel für den Bereich Kindertagesstätten vorhanden, die lediglich umgeschichtet werden müssten. Auch die Einrichtung von weiteren Kinderhorten, die Umsetzung der Inklusion in den Schulen, die Sozialwohnraumschaffung und die Ausbildung von Asylbewerbern müssten finanzielle Unterstützung erhalten. Die Ansätze mit dem Umgang der finanziellen Mittel sollten neu gestaltet werden. Um eine Nachhaltigkeit zu bewirken, sollten Ziele zwischen der Verwaltung und Politik vereinbart werden, die in den Fraktionen besprochen werden. Um dies zu bewirken, werde ihre Fraktion im Finanzausschuss ein Antrag gestellt.

Die Verringerung der Nettoneuverschuldung im Vergleich zu den letzten Haushaltsjahren begrüßte **Abg. Jeromin-Oldewurtel**. Hinsichtlich des beantragten Zuschusses für die Kreisvolkshochschulen Aurich-Norden seitens der CDU-Fraktion erklärte sie, dass die geplante Zuschusshöhe von 500.000 Euro aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht zur Hälfte mit einem Sperrvermerk versehen werden sollte. Der Zuschuss würde zu gering ausfallen.

Zum Thema Jahresergebnis 2016 gab **Abg. Jeromin-Oldewurtel** an, dass die aufgezeigte Entschuldung nicht hausgemacht sei, dies liege grundsätzlich an den zur Zeit



günstigen Zinsen. Sie kritisierte, dass die Verwaltung und Politik mit dem Überschuss neue Investitionen planen und nicht die vorliegenden Schulden verringern würden.

Für das Haushaltsjahr 2019 wünsche sie sich eine rechtzeitige Planung. Ein Doppelhaushalt der Jahr 2019/2020 würde in Betracht kommen, dies würde zudem die Zukunftsvisionen strukturieren.

Abg. Meyerholz äußerte sich zunächst positiv zum Haushaltsplan 2018. Im Vergleich zu den Vorjahren würde er deutlich früher vorliegen und dies könne zu einer tatsächlichen Verwirklichung der geplanten Investitionen in 2018 führen. Auch die Verringerung der Kassenkredite sowie die Fortführung einzelner Maßnahmen, wie beispielsweise die Bemühungen um eine positive Entwicklung des Europahauses, unterstütze er. Eine Zustimmung zu dem vorliegenden Haushaltsplan werde von seiner Seite dennoch nicht erfolgen.

Abg. Meyerholz gab bezüglich der Kreisumlage an, dass diese die Gemeinden und Städte maßgeblich belasten würde. Lediglich der Landkreis würde einen finanziellen Vorteil erlangen. Der Landkreis könne die Verluste der UEK ausgleichen, aber dennoch einen Überschuss am Haushaltsjahresende vermerken. Dies weise auf die sehr positive Finanzlage des Landkreises hin. Mit der Einplanung des siebenstelligen Verlustes der UEK im Jahr 2018, würde den Kliniken offiziell die Möglichkeit gegeben werden, diesen Verlust auszunutzen. Bezüglich der Senkung der Kreisumlage nannte **Abg. Meyerholz** mehrere Gemeinden, die durch die Höhe der Kreisumlage Probleme bei der Zahlung wichtiger Aufwendungen hätten, da hierdurch zu geringe Finanzmittel zur Verfügung stehen. Die Aufbringung der erforderlichen Mittel sei nur durch Steuererhöhungen, Einschränkungen von Leistungen für die Bürger, etc. möglich. Er forderte eine Senkung der Kreisumlage um zwei Punkten. Ein Entgegenkommen des Landkreises durch die Zahlung des Schullastenausgleichs und die Beteiligung an den Kosten der Kindergärten gleiche das Defizit nicht aus.

Hinsichtlich des Neubaus der IGS Aurich erklärte **Abg. Meyerholz**, dass er diesen für unverantwortlich halte, da das Gebäude erst 45 Jahre alt sei und andere Schulen bei gleichem oder höherem Alter in einem besseren und nutzbaren Zustand seien. Alternativ käme eine Beschulung von ausgewählten Jahrgängen an dem Standort der derzeitigen IGS Waldschule Egels in Betracht.

Weiter sprach sich **Abg. Meyerholz** gegen die Bezuschussung der Kreisvolkshochschulen Aurich und Norden aus. Nur unvermeidbare Verluste sollten durch den Landkreis gedeckt werden, die Volkshochschulen seien größtenteils selber in der Lage die Kosten zu decken. In diesem Zusammenhang gab er an, dass es zwischen den Standorten Aurich und Norden Unterschiede bezüglich der Gehälter der Mitarbeiter gebe und sprach dahingehend sein Unverständnis aus.

Abg. Meyerholz sprach bezüglich des Ausbaus des Breitbandnetzes von einer erheblichen Fehlplanung und forderte die Prüfung von Schadensersatz für die bisher entstandenen Kosten.

Weiter kritisierte er das andauernde Fehlen des geforderten Personalentwicklungskonzepts und die grundsätzliche Organisation der Verwaltung. Diesbezüglich forderte er die Durchführung einer Organisationsuntersuchung.

Abg. Albers erläuterte den Antrag der Grünen-Fraktion zur Katzenkastration und bat um Zustimmung.

Abg. Forster bezeichnete den geplanten Zuschuss für die Kreisvolkshochschulen Aurich-Norden als wünschenswert, befürchtete allerdings ein Nichtzustandekommen einer Mehrheit zum Kreishaushalt 2018. Er gab an, dass die Kreisvolkshochschulen im Landkreis Aurich die wirtschaftlichsten in Deutschland seien. Es sei wichtig die Kernaufgaben zu sichern. Das Defizit der Vorjahre würde eine negative Wertung der geleisteten Arbeit darstellen. Die Auszahlung des geplanten Zuschusses zu Jahresbeginn würde dem entgegenwirken.

Abg. Seelgen stellte die Planungen des Breitbandausbaus als positiven Aspekt des Haushaltsplans 2018 dar. Durch die fortlaufende Digitalisierung sei dies unabdingbar. Als weitere positive Entwicklung nannte sie die Unterstützung des Europahauses, der Betrag zur Errichtung einer Hebammenzentrale und die Katzenkastration. Bezüglich der geplanten Durchführungspauschale für die Kreisvolkshochschulen erklärt sie, dass lediglich ein Verlustausgleich bezweckt werden würde. Die Volkshochschulen bewirkten eine grundsätzlich positive Arbeit und dennoch käme es durch das Defizit am Jahresende zum Vorwurf der Unwirtschaftlichkeit gegenüber den Mitarbeitern. Ohne den Zuschuss würde es zudem zukünftig zu Verringerung der Programmvielfalt kommen.

Hinsichtlich der aufgeführten Personalaufwendungen kritisierte **Abg. Seelgen** die Berechnung auf Grundlage der Daten aus dem Haushaltsjahr 2017. Sie befürchtete, dass z.B. Beförderungen nicht möglich werden könnten. Hierdurch würde das Personal unverschuldet negativ belastet werden. Auch die Umsetzung der Inklusion sei zu kritisieren, da zu wenig Vorbereitungen getroffen und finanzielle Mittel zu Verfügung gestellt worden seien. Eine Zustimmung zum Haushalt 2018 könne ihre Fraktion nicht geben.

Abg. E. Harms erläuterte, dass die KVHS'en nicht mehr Kosten einsparen müssten und unterstützte die Aussage von **Abg. Behrens**.

Abg. Bracklo kritisierte, dass der Stellenplan 2017, auf dem die Berechnungen der Personalkosten im Haushalt 2018 beruhen, im Vorfeld nicht an die Kreistagsabgeordneten verschickt worden sei. Auch eine Beratung im Personalausschuss hätte nicht stattgefunden, die Beschlussvorlage sei umgehend in den Kreistag gegeben worden. Sie äußerte den Wunsch nach einem Personalentwicklungsplan.

Landrat Weber bedankte sich für die Reden zum Haushaltsplan 2018.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

TOP 8.1 Wirtschaftsplan 2018 des Eigenbetriebes "Breitbandnetz Landkreis Aurich"
Vorlage: IX/2018/017

Dem Wirtschaftsplan 2018 des Eigenbetriebs „Breitbandnetz Landkreis Aurich“ bestehend aus Erfolgsplan, Vermögensplan und Stellenübersicht wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 50 Nein-Stimmen: 4 Enthaltungen: 0
➔ **mehrstimmig beschlossen**

TOP 8.2 Ubbo-Emmius-Klinik -Vermögensverwaltung- des Landkreises Aurich; Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2018
Vorlage: IX/2018/022

Dem Wirtschaftsplan für die Ubbo-Emmius-Klinik –Vermögensverwaltung- des Landkreises Aurich für das Wirtschaftsjahr 2018 wird mit folgenden ausgeglichenen Ergebnissen zugestimmt:

Jahres-Erfolgsplan 2018	4.023.500 Euro
Jahres-Vermögensplan 2018	2.701.200 Euro

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 54 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 8.3 Pflege- und Betreuungszentren -Vermögensverwaltung- des Landkreises Aurich; Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2018
Vorlage: IX/2018/023

Dem Wirtschaftsplan für die Pflege- und Betreuungszentren –Vermögensverwaltung- des Landkreises Aurich für das Wirtschaftsjahr 2018 wird mit folgenden ausgeglichenen Ergebnissen zugestimmt:

Jahres-Erfolgsplan 2018	1.286.000 Euro
Jahres-Vermögensplan 2018	3.705.000 Euro

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 54 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 8.4 Anträge zum Haushalt

Antrag Nr. 1

Antragsteller: Kreistagsabgeordneter Hans-Gerd Meyerholz
Inhalt: Senkung der Kreisumlage



Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 42 Enthaltungen: 3
➔ **mehrheitlich abgelehnt**

Antrag Nr. 2

Antragsteller: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Inhalt: Begrenzung der Bruttopersonalaufwendungen auf die Aufwendungen für den Stellenplan 2017 plus der tariflichen Steigerung

Der Antrag wurde seitens der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zurückgezogen.

Antrag Nr. 3

Antragsteller: CDU-Fraktion

Inhalt: Bereitstellung von 50.000 € für die Einrichtung der Hebammen-Zentrale

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 53 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

Antrag Nr. 4

Antragsteller: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Inhalt: Anpassung der Haushaltsansätze in verschiedenen Teilhaushalten des Ergebnishaushaltes

Der Antrag wurde seitens der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zurückgezogen.

Antrag Nr. 5

Antragsteller: Gruppe Freie Wähler und FDP

Inhalt: Gewährung des Verlustausgleiches an die UEK gGmbH mit Maßgaben/ Bedingungen

Der Antrag wurde seitens der Gruppe Freie Wähler und FDP zurückgezogen.

Antrag Nr. 6

Antragsteller: SPD-Fraktion

Inhalt: Gewährung einer Durchführungspauschale in die Kreisvolkshochschulen Aurich-Norden in Höhe von 500.000 €

Antrag Nr. 7

Antragsteller: CDU-Fraktion

Inhalt: Einrichtung eines Sperrvermerkes für die Zuschüsse der KVHS Aurich und Norden in Höhe von jeweils 250.000 €

Abg. Beekhuis erklärte, dass die SPD ihren Antrag dahingehend abändere, dass der Zuschuss in Höhe von 500.000 Euro für die Kreisvolkshochschulen Aurich-Norden mit einem Sperrvermerk in Höhe von 250.000 Euro versehen werden soll. Die Kreisvolkshochschulen würden demnach zunächst einen Zuschuss in Höhe von jeweils 125.000 € erhalten, bei Bedarf zur Verlustabdeckung werden weitere Auszahlungen aus dem Sperrvermerk gewährt.



Abg. Behrens erläuterte, dass die CDU sich den Änderungen der SPD anschließen werde und ihren Antrag dahingehend abändere, dass der Sperrvermerk für 250.000 Euro eingerichtet werden soll und nicht für den gesamten Zuschussbetrag.

Damit entspricht der geänderte CDU-Antrag inhaltlich dem geänderten SPD-Antrag.

Sodann wurde hierüber abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 45 Nein-Stimmen: 6 Enthaltungen: 2
➔ **mehrheitlich beschlossen**

Antrag Nr. 8

Antragsteller: CDU-Fraktion

Inhalt: Bereitstellung von Planungskosten in Höhe von 500.000 Euro für einen Neubau des Gesundheitsamtes Aurich

Aufforderung des Landkreises, in Verhandlungen mit der Stadt Aurich über ein eigenes Grundstück einzutreten

Der Antrag wurde seitens der CDU-Fraktion zurückgezogen.

Antrag Nr. 9

Antragsteller: Gruppe Freie Wähler und FDP

Inhalt: Einstellung von 50.000 Euro für die Planung eines Neubaus des Gesundheitsamtes in Aurich

Der Antrag wurde seitens der Gruppe Freie Wähler und FDP zurückgezogen.

Antrag Nr. 10

Antragsteller: Gruppe Freie Wähler und FDP

Inhalt:

- 1. Erstellung einer Prioritätenliste über den Reparaturbedarf / Sanierungsbedarf von Kreisstraßen und Radwegen einschließlich des dafür erforderlichen Kostenbedarfs**
- 2. Festlegung der Reihenfolge der reparatur- / sanierungsbedürftigen Kreisstraßen durch den Ausschuss für Kreisentwicklung in einer Dringlichkeitsliste sowie Festlegung der haushaltmäßigen Abwicklung**
- 3. Einstellung zusätzlicher Haushaltsmittel in Höhe von einer Million Euro mit der Einrichtung eines Sperrvermerkes**

Der Antrag wurde seitens der Gruppe Freie Wähler und FDP zurückgezogen.

Antrag Nr. 11

Antragsteller: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Inhalt: Benennung der strategischen Ziele ab dem Haushaltsjahr 2018 im Vorbericht

Der Antrag wurde seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zurückgezogen.

Antrag Nr. 12

Antragsteller: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD-Fraktion

Inhalt: Für die Kastration/Sterilisation von Katzen im Landkreis Aurich werden 15.000 Euro in dem Haushalt 2018 eingestellt.



Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 50 Nein-Stimmen: 2 Enthaltungen: 1
➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 8.5 Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018
Vorlage: IX/2018/014

Die Haushaltssatzung des Landkreises Aurich für das Haushaltsjahr 2018 einschließlich des Investitionsprogrammes für die Haushaltsjahre 2018 bis 2021 wird in der vorgelegten Form beschlossen. Die wesentlichen Produkte werden in der vorgelegten Form festgelegt. Die Finanzplanungsdaten für den Zeitraum bis 2021 werden zur Kenntnis genommen. Dem Stellenplan des Landkreises Aurich für das Haushaltsjahr 2018 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 38 Nein-Stimmen: 14 Enthaltungen: 1
➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 9 Bauliche Maßnahmen an der IGS Aurich
Vorlage: IX/2018/015

Beschlussvorschlag:

Der Entwurfsänderung mit der Sanierung des Gebäudes 1 und einer Reduzierung der Bruttogrundfläche des Neubaus wird zugestimmt.

Eine Baukostensteigerung von ca. 5% pro Jahr wird für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 aufgenommen.

Dem Ausschreibungsverfahren in Form eines Generalübernehmer-Vergabeverfahrens wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 38 Nein-Stimmen: 14 Enthaltungen: 1
➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 10 Spenden für das Gymnasium Ulricianum Aurich im Jahr 2018
überhalb der Wertgrenze von 2.000 €
Vorlage: IX/2018/031

Beschlussvorschlag:

Die Sachspenden vom Förderkreis des Gymnasiums Ulricianum in Form einer Drohne mit Kamera und einer hochwertigen Fotoausrüstung im Gesamtwert von 3.231,68 € für das Gymnasium Ulricianum Aurich werden angenommen.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 53 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 11 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 04.12.2017
"Sicherstellung von Informationstransfer"
Vorlage: IX-AF/2018/008

Abg. Wirsik erläuterte zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass nicht in jedem der 31 Gremien, die in der Ausschussliste genannt seien, die kleineren Parteien vertreten seien und diese hierdurch oftmals keine Informationen über die Beschlüsse und Beratungen dieser Gremien erhalten würden. Gemäß § 138 Abs. 4 NKomVG gebe es eine Bringschuld der jeweiligen Vertreter zur Sicherstellung, dass die Fraktionen, die nicht in dem jeweiligen Gremium vertreten seien, die Informationen erhalten.

Abg. Beekhuis erklärte, dass die Begründung des Antrages im Vorfeld nicht klar verständlich gewesen sei. Er bat um Prüfung der rechtlichen Möglichkeiten hinsichtlich der Informationsweitergabe seitens der Verwaltung. Weiter schlug er vor, den Antrag in den Fraktionen erneut zu beraten, da dieser erst nach Erläuterung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN inhaltlich vollständig verständlich sei.

Abg. Albers wies darauf hin, dass der Antrag seit zwei Wochen im Kreistagsbüro vorliegen würde. Eine Prüfung sei dennoch ausgeblieben.

Landrat Weber gab an, dass durch die unvollständige und dadurch unklare Begründung dies bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich gewesen sei.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zog den Antrag zurück.

TOP 12 Anträge zur Trägergesellschaft Zentralklinikum

TOP 12.1 Antrag der AKSB Gruppe im Landkreis Aurich vom 08.01.2018;
Entbindung Schweigepflichten und Sondersitzung
Vorlage: IX-AF/2018/001

Der Antrag wurde einvernehmlich in die Fraktionen verwiesen.

TOP 12.2 Antrag der AKSB Gruppe im Landkreis Aurich vom 08.01.2018;
Jahresabschluss und Berichte der Trägergesellschaft
Vorlage: IX-AF/2018/002

Der Antrag wurde einvernehmlich in die Fraktionen verwiesen.

TOP 12.3 Antrag der AKSB Gruppe im Landkreis Aurich vom 08.01.2018;
Fortbestand Trägergesellschaft und Zusammenarbeit mit Emden
Vorlage: IX-AF/2018/003

Der Antrag wurde einvernehmlich in die Fraktionen verwiesen.

TOP 12.4 Antrag der AKSB Gruppe im Landkreis Aurich vom 09.01.2018;
Vertreter im Aufsichtsrat in der Trägergesellschaft
Vorlage: IX-AF/2018/004

Der Antrag wurde einvernehmlich in die Fraktionen verwiesen.

TOP 12.5 Antrag der AKSB Gruppe im Landkreis Aurich vom 09.01.2018,
Quartalsweise Berichterstattung der Geschäftsführung der Trä-
gergesellschaft
Vorlage: IX-AF/2018/005

Der Antrag wurde einvernehmlich in die Fraktionen verwiesen.

TOP 12.6 Antrag der AKSB Gruppe im Landkreis Aurich vom 09.01.2018;
Einsetzen eines Vertrauensmannes im Klinikbereich
Vorlage: IX-AF/2018/006

Der Antrag wurde einvernehmlich in die Fraktionen verwiesen.

TOP 12.7 Antrag der AKSB Gruppe im Landkreis Aurich vom 09.01.2018;
Halbjährliche Berichtspflicht für die Geschäftsführer der Trägere-
gesellschaft
Vorlage: IX-AF/2018/007

Der Antrag wurde einvernehmlich in die Fraktionen verwiesen.

TOP 13 Bericht des Landrates



Es lag kein Bericht vor.

TOP 14 **Einwohnerfragestunde**

Eine Einwohnerin sprach die Bitte aus, zukünftig die Unruhe bei den Redebeiträgen der Abgeordneten zu verringern.

TOP 15 **Verschiedenes, Wünsche, Anregungen**

Es lag keine Wortmeldung vor.

TOP 16 **Schließung der öffentlichen Sitzung**

Vorsitzender Sell schloss um 19:29 Uhr die öffentliche Sitzung.

gez. Weber

Landrat

gez. Sell

Vorsitzender

gez. Wessels

Protokollführerin